

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband- Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Zimmert in Straßburg t. G.

Auf England bei Aug. Siegle in London, 80 Bine Street E. C., sowie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hôtels- und Wäder-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten

der Preussischen Klassen-Lotterie

Allgemeine Verloosungs-Tabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf. Westamtzeit 30 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse Nr. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Die Friedensconferenz in Paris.

Vergleicht man die Kriege von 1897 und 1898, so erscheinen Griechenland und Spanien einander ähnlich in der Annäherung, dem Größenwahn, dem Mangel an sittlichem Bewußtsein und Tatkraft, wie im Felde genügender militärischer und finanzieller Mittel. Griechenland ist aber lange über den mehrerwähnten Friedensschluß hinweg in den Buzwinkel getreten, und heute liegt der Vergleichspunkt zwischen Spanien und der Türkei. Senes sträubt sich vergeblich gegen den Spruch Amerikas: Lex mihi Mars, der Sultan jetzt gegen seine Doppelsidderung in Kreta durch die vier Mächte ein kindliches Widerstreben fort. Was die Türkische Herrschaft an der Insel geündigt, konnte durch den Sieg der Truppen über die Griechen nicht ausgelöscht werden, der Gang der Geschichte zeigt die Reste barbarischer Selbstherrlichkeit in Europa nach und nach aus, und die Spanische Heertruppe ist so wenig lebensfähig wie die Türkische. Zwei Drittel der Spanischen Bevölkerung können weder lesen noch schreiben, und mit dem gänzlichem Mangel an Bildung vereint sich ein überaus lebensschwaches Temperament und ein von der Geistlichkeit jegerzeit mit Sorgfalt genährter religiöser Fanatismus.

Auf der Pariser Conferenz finden die Vertreter Spaniens für ihr Land einen Theil der Philippinen zu retten und Amerika zur Uebernahme der Schulden Cubas und Puerto Ricos zu bestimmen. Die Amerikaner verweigern das Eine wie das Andere. Rücksichten und Billigkeit kommen nicht zur Geltung, nachdem Spanien es auf den Krieg hat antworten lassen, in dem auch viele Amerikaner Leben oder Gesundheit eingebüßt haben. Die Verantwortung für den Krieg trägt nicht die Spanische Regierung, sondern die Nation; hätte die Regierung zum Verkauf der Colonien sich bereit gezeigt, so würde unter Mitwirkung der Armees der Thron gestürzt worden sein und vielleicht vorübergehend der Socialismus, wahrheitslieblich rauer als das verberlichste Regiment des Präsidenten Carlos sich etabliert haben.

Für ihren Anspruch auf einen Theil der Philippinen führen die Spanier an, daß sie von Amerika nicht best, nicht erobert worden seien. Aber die Amerikaner erwidern, das könne nicht geschehen, gleichzeitige würden aber Spanische Küstenplätze bombardirt werden. Die Spanische Hoffnung stütze sich darauf, daß die Mächte Europas und Japan die Begnähme der ganzen Inselgruppe nicht gestatten würden, und daß die Eingeborenen von den Amerikanern so wenig beherrscht sein wollen, wie von den Spaniern. Aber an eine Intervention dritter Mächte ist nicht mehr zu denken, und was hernach zwischen Sagalen und Yankee sich abspielen mag, geht den Friedensschluß nicht an.

Die Schulden des Besiegten in dem ihm entziffenen Lande zu übernehmen, ist der Sieger nach Völkern und Kriegsgeld nicht verbunden. Da Cuba dem Mutterlande schon lange keine Revenue abgeworfen, vielmehr Zubehören erfordert hat, so ist Spanien auch nicht dadurch in eine schlechtere Lage gekommen, daß es die Insel verliert, die Schuldenlast aber behält. Niemand wird behaupten, daß in der Zukunft Spanien aus seinen Colonien etwas hätte machen können. Das Volk ist geistig geschwächt und wirtschaftlich ganz unfähig. Sein einziger Halt war die kriegerische Ueberlieferung, und sie ist durch die Niederlagen in der Amerikanischen Zone verbläht. Jetzt ist Stumpfheit eingetreten, allgemeine Indolenz, die auch in dem unwürdigen Verhalten der Kammer sich ausgesprochen hat. Vielleicht haben die kramphafften Versuche in der Pariser Conferenz, die Colonialschulden abzuwälzen, den Zweck, für eine

früher oder später als unabweichlich erkannte Beschränkung der schuldigen Zinszahlungen eine entlastende Erklärung zur Hand zu haben. Freilich werden die Gläubiger erwidern, daß der Bankerott vermieden sein würde, wenn Cuba für eine Milliarde an die Union verkauft und die drei Milliarden, die der Krieg gekostet hat, erspart worden wären.

X.

## Telegramme.

**Leipzig, 15. October. (C. T. C.)** Vor einem geladenen Publicum ist heute Mittag 1/21 Uhr im hiesigen Buchhändlerhause die von dem „Centralverein für das geordnete Buchgewerbe“ veranstaltete Bismarck-Ausstellung eröffnet worden. Sie umfaßt die gesammte Bismarck-Literatur, soweit sie noch im Buchhandel vorhanden ist, und eine Sammlung von Bildnissen des Fürsten Bismarck aus den Jahren 1834 bis 1894. Die Ausstellung besteht aus 354 Werken und 263 Bildnissen und wird bis zum 31. October geöffnet sein.

**Wien, 15. October. (C. T. C.)** Ausgleichs-ausschuss. (Schluß.) Abg. Dr. Grob beantragt am Schluß seiner Rede, über die Regierungsvorlagen betreffend den Ausgleich mit Ungarn zur Tagesordnung überzugehen. Die Regierung solle aufgefordert werden, sofort mit der ungarischen Regierung in Verhandlungen zu treten behufs Herstellung eines Ausgleichs, der den Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit entspreche und die Interessen Oesterreichs wahre. Graf Falkenhayn erklärt sich gegenüber dem Antrag Grob für eingehende Berathung der Ausgleichsvorlagen in Subcomités und tagt, die Ausgleichsvorlagen seien im Interesse der Großmachtsstellung der Monarchie eine Nothwendigkeit. Daraus wird die Sitzung unterbrochen.

**Budapest, 15. October. (C. T. C.)** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, auf deren Tagesordnung Wahlen standen, rief die Opposition eine Debatte hervor wegen angeblicher Formfehler bei der Verhandlung des Ausschusses über die Indemnitätsvorlage, verlangte namentliche Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, seinen Bericht auf die Tagesordnung zu setzen, und beantragte, die Abstimmung auf Montag zu verlegen. Ferner brachte die Opposition einen Gegenantrag ein auf Rückverweisung des Ausschussberichts an den Ausschuss. Die Abstimmung hierüber soll am Montag stattfinden.

**Genf, 15. October. (C. T. C.)** Da Lucheni sich geneigt hat, einen Vertheidiger zu wählen, so ist der Rechtsanwalt Pierre Morand zu seinem offiziellen Rechtsbeistand bestimmt worden.

**Paris, 15. October. (C. T. C.)** In dem heutigen Ministerrath theilte der Ministerpräsident Brisson mit, der Strike der Erdarbeiter könne als beendet betrachtet werden, auch auf den meisten Banplätzen sei die Arbeit wieder aufgenommen. Ferner kündigte Brisson an, die Verände, einen allgemeinen Ausstand der Eisenbahnarbeiter herbeizuführen, seien gescheitert.

**Paris, 15. October. (C. T. C.)** Der Ministerrath beschäftigte sich in seiner heute Vormittag abgehaltenen Sitzung auch mit der Angelegenheit des Obersten Picquart, der noch immer in enger Haft gehalten wird und der Competenzconflict zwischen der Civil- und Militärjustiz erheben hat. Es ergibt keine Festsetzungen und keine Freilassung für diesen Fall. Der Justizminister Sarrien und der Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern Jullien werden unter Zuziehung von Directoren im Justizministerium die Angelegenheit weiter prüfen.

**Rom, 15. October. (C. T. C.)** Der Papst empfing heute den Erzbischof von Posen Dr. von Stabrowski in Audienz.

**Jante, 15. October, Nachmittags. (C. T. C.)** Wegen starken Siroccos ankert S. M. N. „Hohenzollern“ für einige Stunden bei Jante. An Bord Alles wohl.

**Madrid, 15. October. (C. T. C.)** Der Ministerpräsident Sagasta erklärte, die Regierung werde nicht den Anfortschritt der Kammer abwarten, um die verfassungsmäßigen Garantien wiederherzustellen, der normale Zustand werde vielmehr sofort nach Unterzeichnung des Friedens wiederhergestellt werden.

**Konstantinopel, 15. October. (C. T. C.)** Nach den Inseln Militäre und Tendos sind zwei Kriegsschiffe beordert worden, die bei der Vorbereitung des Deutschen Kaiserpaars Salutsschiffe abgeben sollen. Ferner werden auf dem Wege nach Palatina vor Rhodos, Beirut, Haifa und Jaffa Kriegsschiffe zur Salutabgabe stationirt. — Au dem Galabiner im Yıldiz-Palais am 21. d. M. werden die Chef sämtlicher diplomatischen Missionen theilnehmen; zu der Truppenrevue und der sich anschließenden Frühstücksstafel werden nur die Militärrattachés eingeladen.

**Konstantinopel, 15. October. (C. T. C.)** In der vom 10. d. Mts. datirten Antwort der Porte auf das Ultimatum der vier Mächte bezüglich der Kreta-Frage bestätigt dieselbe zunächst den Empfang der Collectivnote, mit der Versicherung, daß der Inhalt der Note einer aufmerksamen Prüfung unterzogen werde. Die Antwort besagt ferner, daß die Kaiserliche Regierung es nicht unterlassen habe, von den zu wiederholten Malen erhaltenen, den Schutz der Souveränitätsrechte und der territorialen Integrität betreffenden Versicherungen Kenntnis zu nehmen, welche die Mächte in dem Augenblicke gegeben hätten, wo sie Truppen nach Kreta entsandten, um die von hier seit Beginn der Unruhen zur Herstellung der Ruhe und Ordnung verwendeten Vermählungen zu unterstützen. Ebenso nahm die Kaiserliche Regierung Act von den entgegenkommenden Mittheilungen in der Collectivnote der Botschafter der vier Mächte im Namen ihrer Regierungen, welche diese an sie zu richten die Güte hatten, und die eine Bestätigung der oben gedachten Versicherungen sowie die Entloosung der christlichen Bewohner und den Schutz gegen jeden Angriff und Vermeidung und Leben der muslimanischen Bevölkerung zum Gegenstande haben. Die Regierung halte es für ihre Pflicht, mitzutheilen, daß sie zum Beweise ihrer Zustimmung zu dem Inhalte der ihr von den Botschaftern der vier Mächte am 2. und 4. März 1897 bezüglich der Grundlagen der in Kreta zu errichtenden autonomen Regierung übergebenen identischen Noten, sowie das pro memoria und zum Beweise, daß sie namentlich den Wunsch hege, im Einvernehmen mit den Mächten vorzugehen, nimmere die notwendigen Befehle ertheilt habe, daß durch Abtransportirung der auf der Insel befindlichen Kaiserlichen Truppen, unter Zuziehung eines zur Wahrung der Souveränitätsrechte und der Türkischen Flagge hinreichenden Contingents in den befestigten Städten, in der in der Note angegebenen Frist geschritten werde. Unter diesen Umständen mache sich die Nothwendigkeit gebietend geltend, auf der Insel die Ordnung wieder herzustellen und die seit einiger Zeit in Unordnung gerathene Verwaltung und die Justiz zu reorganisiren. Die Porte begeh schließliche die volle Awercht, daß die Botschafter angeht, die bereits bestohlenen Instructionen der Autonomie von ihren Regierungen Instructions einholen werden, um mit ihr die Einzelheiten zu berathen.

**Konstantinopel, 15. October. (C. T. C.)** Meldung des Wiener K. K. Teleg.-Corresp.-Büreaus.) Auf Anregung des Sultans beschloß der letzte Ministerrath die Errichtung des Postens eines Kaiserlichen Obercommissars für Kreta gleich dem in Egypten. Ein bezügliche Verlangen soll an die vier Mächte gestellt werden. In Betreff der Antwort der Porte haben die vier Mächte an ihre Botschafter eine Zwischenfrage gerichtet, in welcher sie Anstöße über verschiedene unklare Stellen in der Antwort verlangen. In Bezug auf Städte und Vertheilung der von der Porte für Kreta verlangten Garnisonen, welches Verlangen, wie man annimmt, nicht unwesentlich unklar lautet, haben die vier Mächte Gutachten der Admirale eingeholt. Inzwischen wurden die Admirale neuerdings angewiesen, alle Vorbereitungen zu treffen für Zwangsmaßregeln, welche für den Fall in Aussicht genommen sind, daß die Klümmung Kretas seitens der Türkischen Truppen zu dem festgelegten Zeitpunkt nicht erfolgen sollte. — Nach Meldungen aus Kreta hat der Präsident des dortigen Executiv-Comités heute bei den Regierungen der vier Mächte gegen das Verlangen der Porte, in Kreta Garnisonen belassen zu dürfen, telegraphisch Verwahrung eingelegt.

**Konstantinopel, 15. October. (C. T. C.)** Gestern wurden nach dem Schluß der Botschafter Sinowjew und D' Connor vom Sultan in Privat-audienz empfangen.